

# Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung in peripheren Gebieten des schweizerischen Alpenraums

*Hans-Rudolf Egli*

## 1 Einleitung

Die Siedlungs- und die Bevölkerungsentwicklung hängen eng zusammen, wobei die Bevölkerungszunahme meistens eine Siedlungserweiterung oder -verdichtung zur Folge hat, weil zusätzlicher Wohnraum benötigt wird, Bevölkerungsabnahme jedoch erst langfristig durch Funktionsänderung oder Zerfall in der Siedlung sichtbar ist, weil bestehender Wohnraum mit weniger Personen belegt sein, leer stehen oder einer andern Funktion zugeführt werden kann. Die Siedlungen sind einerseits das Ergebnis früherer sozialer und wirtschaftlicher Bedürfnisse und Ausdruck der gesellschaftlichen Inwertsetzung des Raumes, andererseits aber auch Voraussetzung für die zukünftige Nutzung des Raumes, indem mit ihnen die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung begrenzt werden. Allein die vielfach ins Mittelalter zurück reichenden Siedlungsstandorte bedeuten für viele Orte eine wichtige Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten, die nur mit großem technischen und finanziellen Aufwand grundlegend verändert werden können.

Mit diesem Beitrag wird die Frage untersucht, wie die unter ganz anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen gegründeten und in den meisten Fällen über Jahrhunderte entwickelten Siedlungsstrukturen im Alpenraum der Schweiz mit den Bedürfnissen der heutigen und zukünftigen Wohnbevölkerung übereinstimmen.

## 2 Landwirtschaft und Siedlungsstrukturen

Seit der flächenhaften Besiedlung des schweizerischen Alpenraumes im Hochmittelalter war die Mehrzweckwirtschaft mit Ackerbau und Viehwirtschaft verbreitet. Die Nutzungskombination war nicht nur für

die Selbstversorgung wichtig, sondern auch zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit. Die Äcker konnten nur langfristig genutzt werden, wenn sie gedüngt wurden, und dazu brauchte es Vieh, Heuwiesen und Weiden. In den trockenen inneralpinen Tälern, insbesondere im Wallis, war die Wasserverfügbarkeit der limitierende Faktor. Deshalb wurden seit dem Hochmittelalter Wiesenbewässerungssysteme entwickelt, die nur gemeinschaftlich gebaut und betrieben werden konnten. Die Bewirtschaftung der Getreideäcker im Zelgensystem förderte zusammen mit der Realteilung die geschlossenen Dörfer als vorherrschende Siedlungsform. Die Stufenwirtschaft mit Talsiedlung, Vorsass und Alpsiedlung, ebenfalls seit dem Hochmittelalter nachgewiesen, festigten zusätzlich die genossenschaftliche Wirtschaftsweise.

Im Gegensatz zu den inneralpinen Tälern sind die nordalpinen Täler mit über 1.200 mm Jahresniederschlag vor allem für die Viehzucht und die Milchwirtschaft geeignet. Mit dem Aufkommen der wirtschaftlichen und politischen Verflechtung des Gebirgsraumes mit dem Vorland wurde im nordalpinen Raum der Schweiz seit dem 16. Jahrhundert die Spezialisierung auf Viehwirtschaft möglich. Die Getreideversorgung der nordalpinen Bevölkerung garantierten die Städte und Stadtstaaten des schweizerischen Mittellandes, insbesondere der Stadtstaat Bern für das Berner Oberland. Im Gegenzug mussten die Viehzüchter die Stadt mit Butter, Käse und Fleisch versorgen. Die Siedlungen wurden der Viehwirtschaft angepasst und entwickelten sich zu den nordalpinen Streusiedlungen. Jeder Landwirtschaftsbetrieb besaß seither mehrere Stallscheunen und führte das Vieh im Laufe des Jahres zu den einzelnen Futtervorräten. Erst seit der dichten Straßenerschließung des Alpenraumes und der Motorisierung der Berglandwirtschaft nach 1950 wird das Futter vorwiegend im Talgut gespeichert, so dass ein großer Teil der Stallscheunen nicht mehr benötigt wird, insbesondere wenn auch noch große Zentralställe gebaut wurden.

Die tiefgreifenden Veränderungen in der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert fanden durch die Verbesserung der Fruchtwechselwirtschaft, der Aufhebung der Brache und der Mechanisierung zwar vorwiegend im schweizerischen Mittelland statt. Durch die Ausbreitung der Käsereien ins Alpenvorland wurde aber der Alpenraum indirekt ebenfalls sehr stark betroffen. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Schweiz, der für 1800 auf 60% und für 1850 auf 50% geschätzt wird, ging seit 1900 von 31% über 20% (1950) bis ins Jahr 2000 auf etwa 4% zurück.

Innerhalb des Berggebietes waren die Gebiete mit Mehrzweckwirtschaft vom Strukturwandel stärker betroffen als die Viehwirtschaft, weil

insbesondere der Ackerbau durch die billigen Getreideimporte konkurrenziert wurde. Zudem erwiesen sich die Streusiedlungsgebiete als wesentlich anpassungsfähiger an die neuen Bedürfnisse als die geschlossenen Dörfer der inneren und südlichen Alpen.

Die durch die landwirtschaftliche Nutzung geprägten dezentralen ländlichen Siedlungen sowie die kleinen Einzugs- und Versorgungsgebiete der zahlreichen historischen Städte im Alpenraum machten die Erschließung mit der für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Eisenbahn schwierig, so dass die Unterschiede zwischen Gebirgsraum und Alpenvorland bereits im 19. Jahrhundert immer größer wurden. Der am Ende des 19. Jh. aufkommende frühe Massentourismus bot nur an einzelnen, gut erreichbaren Standorten einen Ausgleich (Wüthrich 2006).

Als Folge der liberalen Staatsverfassungen, der Eisenbahntwicklung und der Industrialisierung entwickelten sich die Städte im Alpenvorland seit dem frühen 19. Jahrhundert viel stärker als die alpinen Regionen (Egli/Messerli 2003: 272ff).

### 3 Entvölkerung von Alpentälern seit 1850

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm die Einwohnerzahl in zahlreichen Gemeinden des Oberwallis, des Kantons Tessin und des westlichen Bündnerlandes um über 50% ab. Es handelt sich vorwiegend um Selbstversorgungsgebiete, in denen der Ackerbau immer noch eine wichtige Rolle spielte, und die nicht mit der Eisenbahn erschlossen waren. Eine zweite Abwanderungswelle fand zwischen 1920 und 1930 statt. Allein in diesem Jahrzehnt nahm beispielsweise in den Tessiner Alpentälern die Bevölkerung nochmals um rund einen Drittel ab (Salvisberg 1989: 6). Hans Bernhard zählte schon im Jahr 1927 im Maggiatal (Kt. Tessin) 25 nicht mehr bestoßene Viehalpen und stellte fest, dass die obere Weidegrenze um bis zu 200 m nach unten verlegt worden ist und zahlreiche Häuser leer stehen (Bernhard 1928: 17).

Die Gebirgsentvölkerung wurde bereits während des 1. Weltkrieges als Problem thematisiert. 1917 wurde der Bundesrat mit einem Postulat der großen Parlamentskammer aufgefordert, Maßnahmen gegen die drohende Entvölkerung der Land- und Berggemeinden zu prüfen. Neun Jahre später wurde der Bundesrat mit einer Motion beauftragt, die statistischen Grundlagen zur Bevölkerungsbewegung der letzten 50 Jahre in den schweizerischen Hochtälern (über 700 m ü.M.) und zur aktuellen Lage der Hochtalbevölkerung erarbeiten zu lassen. Die Ergebnisse brachten keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse. Als Ursachen für die

Entvölkerung wurden die Mängel in der Selbstversorgung und in der Verkehrserschließung, die fehlenden Nebenverdienstmöglichkeiten, die Güterzersplitterung, die schlechten Hygiene- und Wohnverhältnisse sowie die Naturgefahren genannt. Konkrete Maßnahmen hatte der Bericht nicht zur Folge, hingegen wurde das Problem der Gebirgsentvölkerung erstmals in breiten Bevölkerungskreisen wahrgenommen. Hans Bernhard verfasste als Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (SVIL) und als Ständerat des Kantons Zürich (1939 bis zu seinem Tod 1942) den Bericht zu dieser Enquête zu Händen der eidgenössischen außerparlamentarischen Kommission. Er kam zum Schluss, „dass es sinnlos sei, an der Grenze der Ökumene alle Siedlungen erhalten zu wollen und dass gewisse Hochgebirgsareale als Dauerwohngebiete aufgegeben werden müssten“ (Bernhard 1928: 137). Acht Jahre später, bereits während der Vorbereitung der planmäßigen Förderung des agrarischen Mehranbaus und der Ertragssteigerung zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung in Kriegszeiten (sog. „Anbauschlacht“) vertrat der Bundesrat immer noch die Meinung, dass die Überlebenskraft der eingesessenen Bevölkerung entscheidend sei. „Der harte Existenzkampf der Gebirgsbevölkerung, der bedingt ist durch das rauere Klima, womit die kurze Vegetationszeit und der lange Winter zusammenhängen, wird durch behördliche Maßnahmen und auch durch Selbsthilfe nicht aus der Welt zu schaffen sein. Mit einer anstrengenden Arbeit und einer einfachen, bodenständigen Lebenshaltung unter rauen klimatischen Verhältnissen wird sich der Bergbauer auch in Zukunft abfinden müssen. Nur wer seine Berge liebt und sich mit der vaterländischen Scholle verwachsen fühlt, wird sich da oben auf Dauer zufrieden und glücklich fühlen“ (Maßnahmen 1936: o.S.).

Eine Siedlungspolitik für den ländlichen Raum gibt es bis heute nicht. Der wichtigste Faktor für die Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung im Alpenraum nach dem 2. Weltkrieg ist die Landwirtschaftspolitik, die mit dem neuen Landwirtschaftsgesetz von 1951 unter anderem die Erhaltung und Förderung der Berglandwirtschaft auf Bundesebene festlegte. Entscheidend für die Siedlungsentwicklung wurde der Tourismus, insbesondere der Ferienhaus- und Zweitwohnungsbau. Dabei spielte der erst ab 1963 erlaubte Erwerb von „Stockwerkeigentum“ (Eigentumswohnungen) eine wichtige Rolle. Vorher war das Stockwerkeigentum nur im Kanton Wallis auf der Grundlage des Realteilungsrechtes verbreitet. Im Landwirtschaftsbericht 1976 über die Lage der schweizerischen Landwirtschaft und Agrarpolitik des Bundes wurde erstmals die Erhaltung der organisch gewachsenen Siedlungsstruktur im Zusammenhang mit der Landschaftspflege als Zielsetzung genannt. Heute wird zwar einerseits

die Zersiedelung beklagt, aber andererseits die Umnutzung und vielerorts auch die Erweiterung der Bauernhäuser außerhalb der Bauzonen zugelassen oder sogar gefördert, womit die dezentrale Konzentration der Bevölkerung im ländlichen Raum verhindert wird.

#### **4 Die Bevölkerungsentwicklung im 20. Jahrhundert**

Die Untersuchung des sozio-ökonomischen Strukturwandels im Alpenraum im 20. Jahrhundert von Bätzing (1993) auf der Basis der Gemeindedaten zeigt für die Schweiz das sehr kleinräumige Mosaik der Gemeinden mit Bevölkerungszunahme, Stagnation und Bevölkerungsabnahme für den Zeitraum 1870 bis 1990 (Bätzing 1993: Karte 1). In 114 Gemeinden blieb die Einwohnerzahl ungefähr gleich über die 120 Jahre, in 345 Gemeinden nahm die Zahl um 10 bis 90% ab, in 598 Gemeinden um über 10% zu. Bätzing weist selber auf das Problem der Gemeinde als Analyseebene hin (1993: 9), da die Gemeinden bezüglich Fläche und Einwohnerzahl sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Die kleinsten Gemeinden weisen weniger als 10 km<sup>2</sup> auf, die größten über 200 km<sup>2</sup> und die Einwohnerzahlen variierten im Jahr 1990 zwischen 23 (Bister im Kanton Wallis) und Luzern mit 61.521 Einwohnern. Da die Gemeinde bis 1990 die kleinste Aggregationsebene der statistischen Daten war, konnte die quantitative Entwicklung nur auf dieser räumlichen Ebene vorgenommen werden. Ein weiteres Problem dieser Untersuchung ist die zeitliche Entwicklung der Bevölkerung, die zwischen 1870 und 1990 nur in wenigen Gemeinden linear als kontinuierliche Abnahme oder Zunahme verlief.

#### **5 Die Bevölkerungsentwicklung in den Dörfern, Weilern und Einzelhöfen der peripheren Alpengemeinden**

Für die Wohnbevölkerung und für die Analyse des Wanderungsverhaltens ist der Wohnort und nicht die Gemeinde entscheidend, weil für den täglichen Aktionsradius der meisten Bewohner die lokale Ebene für die sozialen Kontakte, für die Versorgung mit Dienstleistungen und für die Erreichbarkeit des öffentlichen Verkehrs von zentraler Bedeutung ist. In großen Gemeinden, die besonders im Alpenraum verbreitet sind, sind die zentralen Dienste oft mehrere Kilometer, im kommunalen oder sogar regionalen Zentrum, vom Wohnort entfernt, so dass sie für einen Teil der Bevölkerung praktisch nicht zur Verfügung stehen.

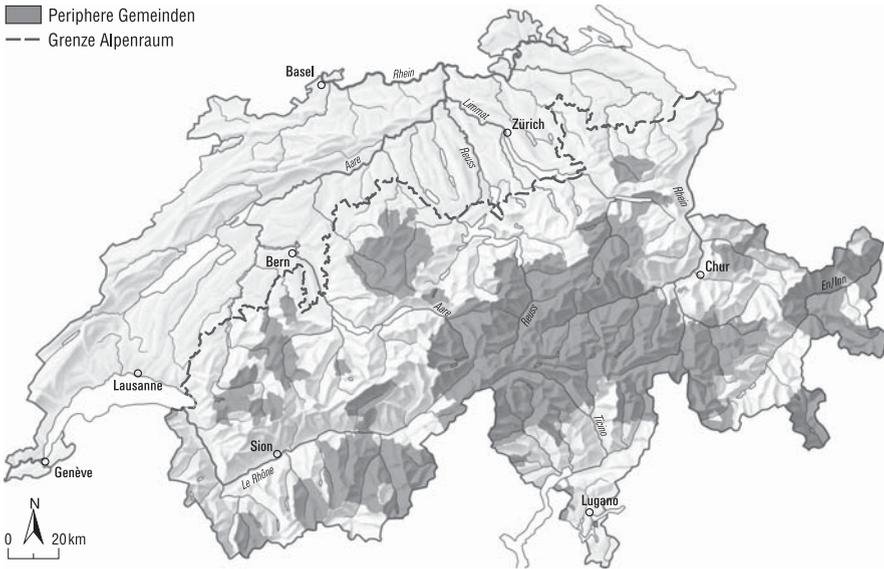


Abb. 1 : Die peripheren Gemeinden des schweizerischen Alpenraumes (Zwahlen 2007: Abb. 10, S. 37)

Für die Schweiz stehen die Daten der Bevölkerungs- und Gebäudezählungen von 1990 und 2000 für jede einzelne Hektare, in denen bewohnbare Gebäude stehen, zur Verfügung, so dass die Möglichkeit besteht, die Bevölkerungsentwicklung auf der Ebene der einzelnen Siedlung zu analysieren. Alexander Zwahlen hat im Rahmen seiner Diplomarbeit auf dieser Datenbasis die Bevölkerungsveränderungen in allen peripheren Gemeinden des schweizerischen Alpenraumes untersucht (Zwahlen 2007).

Als Siedlungseinheit wurde in Anlehnung an Uhlig und Lienau (1972a: 19; 1972b: 12) ein zusammenhängendes Gebiet von Bauten definiert, wobei der Abstand zwischen den Bauten die Distanz von 200 Metern nicht überschreitet (Zwahlen 2007: 19).

Die Zuordnung der Hektardaten zu den einzelnen Siedlungseinheiten konnte vorerst mit einem Geographischen Informationssystem automatisch vorgenommen werden, indem alle Hektaren zusammengefasst wurden, die sich in mindestens einem Punkt berührten. Die so entstandene räumliche Aggregation musste jedoch manuell korrigiert werden, um Flüsse, schwer überwindbare Hindernisse und Gemeindegrenzen als Siedlungsgrenzen zu berücksichtigen. Die Gemeindegrenzen wurden zur Abgrenzung der Siedlungen verwendet, damit die Ergebnisse auch mit den Gemeindedaten anderer Erhebungen verglichen werden können. Einige Hektaren und eine kleine Anzahl Einwohner konnten nicht zugeordnet werden, zudem konnten nur diejenigen Hektaren für

die Untersuchung verwendet werden, in denen sowohl 1990 wie auch im Jahr 2000 Gebäude erhoben wurden. Insgesamt stellt Zwahlen aber fest, dass die möglichen Fehlerquellen keine nennenswerten Einschränkungen für die Analyse darstellen (Zwahlen 2007: 49).

Die Siedlungseinheiten wurden nach der Anzahl Einwohner sieben Klassen zugeordnet (Tab. 1).

Siedlungsgrößenklasse	Einwohnerzahl pro Klasse	Anzahl Siedlungseinheiten pro Klasse		Veränderung der Anzahl Siedlungseinheiten 1990/2000		Anzahl Bewohner pro Klasse		Veränderung der Bewohner pro Klasse 1990/2000	
		1990	2000	absolut	relativ	1990	2000	absolut	relativ
1	0	2.469	2.393	-76	-3.08%				
2	1–9	4.400	4.537	137	3.11%	19.795	18.970	-825	-4.17%
3	10–20	800	744	-56	-7.00%	10.783	10.028	-755	-7.00%
4	21–50	431	423	-8	-1.86%	13.460	13.025	-435	-3.23%
5	51–100	208	204	-4	-1.92%	14.972	14.365	-607	-4.05%
6	101–500	313	317	+4	+1.28%	67.532	68.735	+1.203	+1.78%
7	501–7.200	63	66	+3	+4.76%	82.493	85.286	+2.793	+3.39%
Total		8.684	8.684	0	0.00%	209.035	210.409	+1.374	+0.66%

Tab. 1: Die Größenklassen der Siedlungseinheiten in den peripheren Gemeinden des schweizerischen Alpenraumes mit der absoluten und relativen Veränderung der Bevölkerung von 1990 bis 2000 (Zwahlen 2007: 56)

In den Siedlungen der Größenklasse 1 sind Wohnhäuser vorhanden, die aber nicht oder nur zeitweise bewohnt sind. Die Zahl der Siedlungseinheiten mit 1-9 Einwohnern (Klasse 2) hat von 4.400 auf 4.537 zugenommen, was einerseits durch den Rückgang der Bevölkerung in Siedlungen mit 10-20 Einwohnern und andererseits durch den Zuzug von Personen in die 76 im Jahr 1990 noch unbewohnten Siedlungen zurückzuführen sein dürfte. Die Gesamteinwohnerzahl hat in den 5.908 Siedlungen mit maximal 100 Einwohnern (Siedlungsgrößenklasse 2 bis 5) von 1990 bis 2000 um 2.622 Einwohner (-4.4%) abgenommen, in den Siedlungen mit über 100 Einwohnern im gleichen Zeitraum um knapp 4.000 Einwohner zugenommen (+ 2.7%). Darin zeigt sich der innerkommunale Wanderungsprozess innerhalb der peripheren Gemeinden von den Kleinsiedlungen in die Dörfer, die in der Regel die kommunalen Zentren sind. Die Bevölkerung hat auch in den 305 dem peripheren Gebiet des schweizerischen Alpenraumes zugeordneten Gemeinden leicht um 0.7% zugenommen, was aber gegenüber der Zunahme von 7.4% der Gesamtbevölkerung der Schweiz in diesem Zeitraum sehr wenig ist.

Mit den aus den Volkszählungen verfügbaren Daten ist es nur beschränkt möglich, Aussagen zum Wanderungsverhalten zu machen. Über das Merkmal „Wohnort vor 5 Jahren“, welches im Rahmen der Volkszählung von 2000 erhoben wurde, können jedoch Anhaltspunkte gewonnen werden. Für den Untersuchungszeitraum als Ganzes kann allerdings nicht zwischen natürlicher Bevölkerungsbewegung und Migration unterschieden werden. Ungefähr zwei Drittel der im Untersuchungsgebiet wohnhaften Personen haben zwischen 1995 und 2000 ihre Wohnadresse und den Wohnort nicht gewechselt. 25% der Bevölkerung sind im gleichen Zeitraum umgezogen, weitere 5% sind Kinder unter 5 Jahren, die 1995 noch nicht geboren waren, von rund 4.000 Personen fehlen die Angaben (Zwahlen 2007: 76f.). Interessant ist, dass von den Personen mit Wohnortwechsel fast die Hälfte innerhalb der Gemeinde umgezogen ist. Das bedeutet, dass der innerkommunale Umzug zwischen 1995 und 2000 in den peripheren Gebieten einen großen Teil der gesamten Wanderung ausmachte. Dies unterstreicht die Erkenntnis, dass ein wesentlicher Teil der Bevölkerungsbewegung innerhalb der Gemeinden auf Stufe der Siedlungseinheiten abläuft, was auf den Rückzug aus der Fläche weist und gleichzeitig die Notwendigkeit der kleinräumigen Analyse auf der Ebene der Siedlungseinheiten unterstreicht.

Mit der kleinräumigen Verfügbarkeit der Bevölkerungszahlen kann auch die Frage der Überalterung in den peripheren Gebieten aussagekräftiger interpretiert werden.

Altersgruppe	Größenklassen der Siedlungseinheiten					
	1 bis 9 Einw.	10 bis 20 Einw.	21 bis 50 Einw.	51 bis 10 Einw.	101 bis 500 Einw.	501 bis 7.200 Einw.
0-14-jährig	-7.0%	-9.6%	-2.0%	-15.8%	-6.2%	-2.8%
15-44-jährig	-8.6%	-13.7%	-10.8%	-9.6%	-5.0%	-3.7%
45-64-jährig	+2.4%	+2.4%	+7.6%	+14.5%	+16.2%	+16.8%
65-jährig und älter	+1.4%	+2.5%	+0.5%	+1.3%	+10.4%	+11.4%

Tab. 2: Die Veränderung der Altersgruppen der Wohnbevölkerung in den Siedlungseinheiten der peripheren Gemeinden des schweizerischen Alpenraumes von 1990 bis 2000 (Zwahlen 2007: 79)

Die Gruppe der 0-14-Jährigen umfasst die Kinder im Vorschul- und Schulalter, die Gruppe der 15-44-Jährigen wählt einen neuen Wohnort primär bildungs- und arbeitsplatzorientiert, die 45-64-Jährigen nach dem Arbeitsort und dem Wohnumfeld und bei den über 64-Jährigen handelt es sich in der Regel um Rentner und Rentnerinnen, die den Wohnort bei einem Umzug ruhesitzorientiert entscheiden. Die Veränderungen sind

nach der Bevölkerungszahl in den einzelnen Siedlungsgrößenklassen berechnet, nicht nach der gesamten Bevölkerungszahl aller untersuchten Gemeinden.

Die Bevölkerungsentwicklung läuft demnach alterspezifisch ab. Hierfür gibt es zwei mögliche Ursachen. Einerseits ist es denkbar, dass die jungen Jahrgänge die peripheren Siedlungseinheiten verlassen, während die älteren Bevölkerungsgruppen Zuwanderungen von außen erfahren (Wanderungseffekt). Andererseits kamen weniger Kinder zur Welt und die Erwachsenen schlossen zwischen 1990 und 2000 in eine höhere Altersklasse auf. Die Bevölkerungsentwicklung setzt sich aus beiden Teilprozessen zusammen. Die Ursache für den Wegzug junger Menschen ist unter anderem ein mangelndes Ausbildungsangebot. Der Besitz von Wohneigentum, der in ländlichen peripheren Gebieten wesentlich größer ist als in den Agglomerationen, hat eine stärkere Verankerung zur Folge und hemmt häufig die Abwanderung der mittleren Altersgruppen.

Besonders die Rückgänge bei den jüngeren Altersklassen haben einen negativen Einfluss auf die ökonomische Situation. In Zukunft wird es an jungen Arbeitnehmern und somit auch an Nachwuchskräften mangeln, was die wirtschaftliche und soziale Situation in Zukunft zusätzlich schwächt. Branchen, die auf gesunde und physisch belastbare Personen angewiesen sind, dürften besonders unter dem Bevölkerungsrückgang bei den 15- bis 44-Jährigen leiden. Dabei sind es oft gerade höher qualifizierte Arbeitskräfte, die den peripheren Raum verlassen müssen, weil der Arbeitsplatz verlegt wird oder weil die beruflichen Perspektiven gering sind. Diese Gruppe nimmt bei einem Umzug auch Kinder und Jugendliche mit. Die Abnahme der jungen Bevölkerung und die Zunahme der älteren Gruppen verlangen nach entsprechenden infrastrukturellen Anpassungen. So werden bei einem starken Rückgang der Anzahl Kinder und jugendlicher Spielgruppen, Kindergärten und Schulzimmer oder ganze Schulen überflüssig oder nicht mehr finanzierbar. Im Gegenzug müssen für die zunehmende Anzahl älterer Personen Alterswohneinrichtungen und altersgerechte Dienstleistungen errichtet oder ausgebaut werden.

Besonders die älteren Menschen sind auf die lokale Versorgung angewiesen, besonders wenn sie nicht mehr selbständig mit dem Auto unterwegs sein können. Fehlen das Lebensmittelgeschäft und die medizinische Versorgung vor Ort und sind die jüngeren Angehörigen weggezogen, sind sie oft gezwungen, ebenfalls in ein größeres Zentrum umzuziehen, häufig direkt in eine Alterswohn- oder Alterspflegeeinrichtung. Die altersspezifischen Wanderungen können in gewissen Gebieten ein temporäres Bevölkerungswachstum zur Folge haben, auf längere Sicht nimmt die Einwohnerzahl jedoch ab.

## 6 Die Grundversorgung in den Gemeinden des Jungfrau-Aletsch-Gebietes

Für die heutige und zukünftige Attraktivität des Alpenraumes als Siedlungsgebiet ist die Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen von zentraler Bedeutung. Auch diese muss lokal, für die einzelne Siedlung beurteilt werden, da die Entfernungen innerhalb der Gemeinden insbesondere im Gebirge oft groß sind. Da auch in der Schweiz vor allem von der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten ein Abbau der Grundversorgung beklagt wird, wurde die Situation am Beispiel der 26 Gemeinden des Weltnaturerbegebietes Jungfrau-Aletsch untersucht, um die heutige Situation objektiv beurteilen zu können. Acht Gemeinden liegen im Kanton Bern im Gebiet der nordalpinen Streusiedlungen. Die 18 Walliser Gemeinden befinden sich im inneren Alpenraum und sind gekennzeichnet durch vorwiegend geschlossene Dörfer, die auf die traditionelle Mehrzweckwirtschaft zurückgehen.

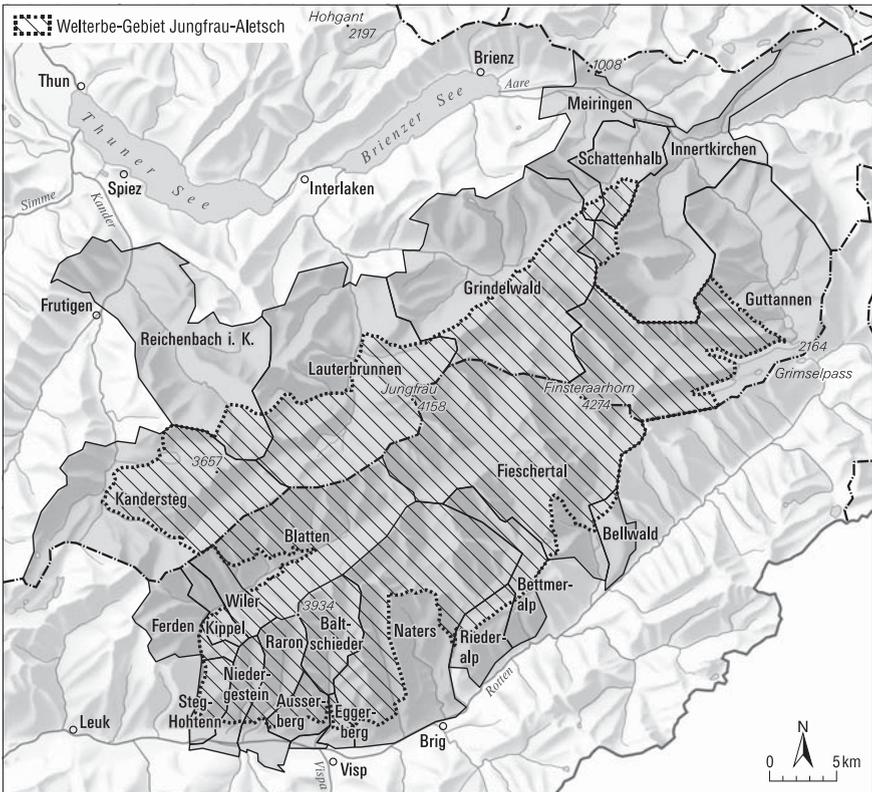


Abb. 2: Die Gemeinden des Weltnaturerbegebietes Jungfrau-Aletsch

Rund ein Drittel der Gemeinden gehören zum peripheren Raum der Schweiz, die restlichen sind touristisch entwickelt. Als räumliche Datenbasis konnten auch hier die Hektardaten der Volkszählungen 1990 und 2000 verwendet und zu Siedlungseinheiten aggregiert werden. 65% der Bevölkerung wohnte in Dörfern mit über 500 Einwohnern, nur knapp 5% in Kleinstsiedlungen mit weniger als 21 Bewohnern. In den nordalpinen Berner Gemeinden macht der Bevölkerungsanteil in den Kleinstsiedlungen im Jahr 2000 noch 7% aus, in den inneralpinen Walliser Gemeinden nur noch 1.6%. Der Zentralisierungsprozess hat sich auch im Jungfrau-Aletsch-Gebiet zwischen 1990 und 2000 fortgesetzt. Zur Analyse der aktuellen Situation der Grundversorgung in den einzelnen Siedlungen zur Beurteilung der Situation der gesamten Bevölkerung der 26 Gemeinden wurden vier Versorgungs- und Dienstleistungsbereiche des kurzfristigen bzw. täglichen Bedarfs untersucht. Mit der Post, der Volksschule, dem Lebensmittelhandel und dem öffentlichen Verkehrsangebot wurden sowohl private wie öffentliche Anbieter ausgewählt. Zur Beurteilung der Versorgungssituation der Wohnbevölkerung muss das Angebot entweder in der eigenen Siedlung oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein.

### **Die Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln**

Eine Siedlung gilt nach den kantonal-bernischen Richtlinien als mit öffentlichem Verkehr erschlossen, wenn die Bushaltestelle im Umkreis von 300 m oder die Bahnstation weniger als 600 m entfernt ist. Die Fahrzeit zum nächsten Zentrum darf höchstens 20 Minuten dauern und es müssen mindestens fünf Kurspaare pro Tag im Fahrplan sein. Innerhalb dieser Kriterien wird das Angebot dann noch zwischen sehr gut und ungenügend differenziert. Ein Ort kann demnach erschlossen sein, aber trotzdem nur über ein ungenügendes Angebot verfügen. Gut ist das ÖV-Angebot, wenn mehr als 13 Kurspaare ins nächste größere Zentrum verkehren und die Fahrzeit maximal fünf Minuten dauert (Färber/Stettler 2006: 85).

Im Jahr 2005 waren 95% der Bevölkerung im Jungfrau-Aletsch-Gebiet mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen, für zwei Drittel der Einwohner ist die Erschließungsqualität sogar gut oder sehr gut. Alle Dörfer mit mehr als 500 Einwohnern gehören in diese Kategorie. Nur 230 der 17.000 Einwohner und Einwohnerinnen der Region verfügten im Jahr 2005 über keinen öffentlichen Verkehrsanschluss. Dass der Anteil des nicht mit öffentlichem Verkehr erschlossenen Bevölkerungsanteils im Kanton Bern rund 10%, in den Walliser Gemeinden aber nur 1% ausmacht, hängt mit der Siedlungsstruktur zusammen. Die mehrheitlich geschlossenen Dörfer

im Wallis sind einfacher und günstiger zu erschließen als die zahlreichen Einzelhöfe und Weiler im Nordalpengebiet.

Ob die heute sehr gute Erschließung erhalten oder sogar ausgebaut werden kann, ist angesichts der ungünstigen finanziellen Situation der öffentlichen Hand fraglich. Mit innovativen Lösungen, zum Beispiel mit einem Rufbus, könnten Angebote zum Teil billiger bereitgestellt, der Standard der Versorgung aber trotzdem weitgehend gehalten werden. Damit bliebe die Mobilität der Einwohner, die nicht über ein Auto verfügen, gewährleistet. Vor allem stellt sich aber die Frage der zukünftigen Bevölkerungsverteilung im Raum. Nimmt diese in den sehr kleinen Siedlungen weiterhin ab, nimmt auch der Anteil der ungenügend an den öffentlichen Verkehr angeschlossenen Bevölkerung ab.

### **Lebensmittelgeschäfte und Poststellen**

Für die kurzfristige Versorgung sind die Lebensmittelgeschäfte und die Poststelle besonders wichtig. Für beide wurde von Färber und Stettler (2006) die Entwicklung seit 1950 erhoben, um den vielfach beschriebenen Rückgang und damit die Verschlechterung der Versorgung zu beurteilen. Neben Verzeichnissen und Publikationen wurden auch Daten bei den Gemeindeverwaltungen erhoben. Zudem wurde zur Beurteilung der aktuellen Situation der Lebensmittelversorgung bei 46 Ladenbesitzern eine schriftliche Umfrage gemacht. Die hohe Rücklaufquote von 78% weist auf das große Interesse der Lebensmittelhändler an der Fragestellung hin.

Im Detailhandel findet in den Berner Gemeinden seit 1970 Jahren ein sukzessiver Rückgang der Ladendichte statt. In den Walliser Gemeinden setzte der Rückgang erst in den 1990er-Jahren ein. Die Qualität der Versorgung kann heute trotzdem noch als gut bezeichnet werden. 96% der Bevölkerung haben die Lebensmittelversorgung vor Ort oder können sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen, 83% sind sogar gut versorgt. Ein Großteil der befragten Ladenbesitzer stellte fest, dass die Konsumenten vermehrt große Einkaufszentren bevorzugen und die Unterstützungsbereitschaft für den Dorfladen abnimmt. Die peripher gelegenen Siedlungen, welche heute noch über einen Dorfladen verfügen, sind am stärksten gefährdet. Insbesondere im Wallis könnte sich die Versorgungssituation verschlechtern, da in 13 Siedlungen mit über 100 Einwohnern nur noch je ein Laden vorhanden ist. In sechs Walliser Gemeinden werden bereits heute die Geschäfte finanziell unterstützt. Dort dürfte sich die Versorgungssituation nicht massiv verschlechtern. In den Berner Gemeinden, wo der Strukturwandel bereits weiter fortgeschritten ist, wurde von den Ladenbesitzern eine zunehmende Abhängigkeit vom

Fremdenverkehr genannt, indem die Touristen einen wesentlichen Teil des Umsatzes generieren.

Obschon zwischen 1990 und 2005 die Zahl der Poststellen im Untersuchungsgebiet von 42 auf 26 reduziert wurde, waren dann immer noch 95% der Einwohner genügend bis gut versorgt, weil der Haus-Service durch die Postboten ausgebaut und Postagenturen in Dorfläden integriert wurden.

### **Erreichbarkeit der Volksschulstandorte**

Für die Erreichbarkeit der Schulen gibt es offizielle Vorgaben der Kantone. Als zumutbarer Schulweg gilt für die ersten sechs Schuljahre ein Schulweg von maximal 2,5 Kilometern, für die Schüler der Oberstufe (7.-9. Schuljahr) von 4 Kilometern, um die Schule selbständig zu erreichen. Wenn der Weg länger ist, muss die Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln in maximal 30 Minuten erreichbar sein, andernfalls müssen die Gemeinden einen Schulbus zur Verfügung stellen.

In beiden Kantonen werden die Primarschüler (1. bis 6. Schuljahr) immer noch dezentral unterrichtet, in vielen Gemeinden in mehreren Schulhäusern, so dass 91% aller Schüler und Schülerinnen des 1. bis 6. Schuljahres einen Schulweg von weniger als 2,5 km haben und deshalb zu Fuß zur Schule gehen können. Die Oberstufen sind etwas stärker konzentriert, aber in den Walliser Gemeinden können doch noch 82% und in den Berner Gemeinden 72% individuell, das heißt zu Fuß zur Schule gehen oder das Fahrrad oder das Motorfahrrad benutzen.

### **Gesamtbeurteilung der Versorgungssituation in der Jungfrau-Aletsch-Region**

Die Siedlungen mit überdurchschnittlichem Bevölkerungswachstum weisen in der Regel eine gute bis sehr gute Versorgung auf. Auch in den grösseren Siedlungen mit Bevölkerungsrückgang ist die Versorgungsqualität immer noch gut. Die Zahl der Läden nahm dort aber stärker ab als in den Wachstumssiedlungen, was sich darauf zurückführen lässt, dass private Anbieter als erste auf den Bevölkerungsrückgang reagieren. Wahrscheinlich wird als Folge der angespannten Finanzsituation der öffentlichen Hand in den kommunalen und staatlich regulierten Versorgungsbereichen in Zukunft ebenfalls vermehrt auf diesen Bevölkerungsrückgang reagiert und Infrastruktur abgebaut.

Versorgungsbereich	Jungfrau-Aletsch-Region	Berner Gemeinden	Walliser Gemeinden
Öffentlicher Verkehr	95%	90%	99%
Detailhandel	96%	93%	99%
Post	94%	90%	99%
Primarschule (zu Fuss)	91%	89%	93%
Sekundarschule (zu Fuss, Fahrrad)	77%	72%	82%

Tab. 3: Anteile der erschlossenen Bevölkerung in den Versorgungsbereichen Öffentlicher Verkehr, Detailhandel, Post und Schule im Jungfrau-Aletsch-Gebiet und in den Teilregionen des Kantons Bern und des Kantons Wallis (Färber/Stettler: 2006: 175)

Die meisten Siedlungen mit einem hohen Wegpendleranteil unter den Erwerbstätigen weisen pro Einwohner ein unterdurchschnittliches Versorgungsangebot auf. Viele Einwohner versorgen sich offenbar am Arbeitsort und nicht am Wohnort. Auch das ÖV-Angebot weist in diesen Siedlungen bloß eine durchschnittliche Qualität auf, obwohl viele Wegpendler für den Arbeitsweg auf ein Verkehrsmittel angewiesen sind. Die Mehrzahl fährt jedoch mit dem Privatwagen.

Die touristisch geprägten Siedlungen verfügen in der Regel über ein gutes Versorgungsangebot, selbst wenn sie nur wenige Einwohner aufweisen. Der Tourismus generiert in diesen Siedlungen eine zusätzliche Nachfrage, womit die nötige Kundenfrequenz für den Betrieb erreicht werden kann. Viele der dortigen Ladenbesitzer verfügen nebst dem Laden über zusätzliche Einnahmequellen, indem sie beispielsweise Hotels mit Frischwaren oder Getränken beliefern.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich die Versorgungslage der peripheren Siedlungen bis 1990 verbessert hat und in den letzten 15 Jahren stagnierte oder leicht schlechter geworden ist. Die großen Zentren konnten ihre Attraktivität weiter steigern, indem die Versorgungsinfrastruktur ausgebaut wurde. Damit öffnete sich die Schere zwischen der noch genügenden Versorgung in der Peripherie und der sehr guten Versorgung in den Zentren. Es ist anzunehmen, dass die Versorgungssituation in der Peripherie bereits heute als eher ungenügend empfunden wird, weil sich die Differenz zwischen der Versorgung der Zentren und der Peripherie vergrößert hat, und nicht, weil sich die Versorgung in der Peripherie absolut verschlechtert hat.

## 7 Schlussfolgerungen

Die heutige Bevölkerungsverteilung geht auf die historische Siedlungsstruktur zurück, die weitgehend durch die landwirtschaftliche Tätigkeit geprägt wurde. In den inneren Alpen war es vor allem bis ins 20. Jahrhundert die Mehrzweckwirtschaft mit Ackerbau und Viehwirtschaft, teilweise ergänzt mit Spezialkulturen wie Wein- oder Obstbau, in den nördlichen Alpenrandgebieten die Viehwirtschaft. Der tiefgreifende Wandel der Landwirtschaft hat bis heute die Siedlungsstruktur als Folge des hohen Beharungsvermögens von Siedlungen noch wenig verändert. Dadurch wird die Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung und dem Versorgungsangebot vor allem in den Kleinstsiedlungen immer größer.

Auf der politischen Ebene ist die Meinung, die Alpen müssten im Gebiet der traditionellen Dauersiedlungen flächendeckend als Wohnraum erhalten werden, noch weit verbreitet. Der Prozess der Konzentration der Wohnbevölkerung in kommunalen Zentren oder in Siedlungen mit mindestens 100 Einwohnern müsste zur langfristigen Sicherung der Versorgung jedoch gefördert und nicht gehemmt werden. Mit dieser tief angesetzten minimalen Siedlungsgröße könnte die Situation für einen großen Teil der heute ungenügend versorgten Bevölkerung wesentlich verbessert werden. Die „dezentrale Konzentration“ wird als raumplanerisches Konzept seit Jahren postuliert. Bis heute wurde aber noch nie definiert, auf welcher Siedlungsebene konzentriert werden sollte. Deshalb wurden auch noch keine konkreten Maßnahmen zur Förderung der Binnenwanderung beschlossen und umgesetzt.

Die Versorgungssituation ist in den meisten peripheren Gebieten der Schweizer Alpen bis heute noch gut. Sie wird sich aber als Folge der selektiven Abwanderung der jüngeren Bevölkerungsgruppen bereits mittelfristig verschlechtern. Mit einer aktiven Siedlungspolitik könnten die verfügbaren finanziellen Mittel der öffentlichen Hand effizienter eingesetzt werden, was den Alpenraum insgesamt stärken und die im Raumkonzept 2012 des Bundes formulierte übergeordnete Zielsetzung „Stärken stärken – nicht überall alles“ (Schweizerischer Bundesrat 2012: 35) am Beispiel der Siedlungsstruktur im ländlichen Raum umsetzen würde.

Es wurde auch deutlich, dass eine Betrachtung auf Gemeindeebene nicht geeignet ist, die Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu analysieren. Erst auf der Ebene der einzelnen Siedlung (Dorf, Weiler, Einzelhof) kann auch der Zusammenhang zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung und dem Vorhandensein einer Versorgungsinfrastruktur untersucht werden.

## Literatur

- Bätzing, W. (1993): Der sozio-ökonomische Strukturwandel des Alpenraumes im 20. Jahrhundert. *Geographica Bernensia* Band P 26, Bern
- Bernhard, H. (1928): Die Wirtschaftsprobleme des Vallemaggia (Tessin) als typisches Gebirgsvölkerungsgebiet. *Schriften der SVIL* Nr. 36, Zürich
- Egli, H.-R. / Messerli, P. (2003): Zur geopolitischen und geökologischen Interpretation der Alpen als Brücke, Grenze und Insel. In: Jeanneret, F. et al. (Hg.): *Welt der Alpen – Gebirge der Welt. Ressourcen, Akteure, Perspektiven.* Geographische Gesellschaft Bern Jahrbuch 61, Bern, S. 267-280
- Färber, R. / Stettler, D. (2006): Infrastruktureinrichtungen und Versorgung im ländlichen Raum. Am Beispiel der Region Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Bern
- Massnahmen (1936): Massnahmen zur Bekämpfung der Notlage der Bergbauern. Eine Untersuchung des Schweizerischen Bauernsekretariates. Brugg, o.S.
- Salvisberg, J. (1989): Gebirgsvölkerung in der Schweiz: Ursachen und Folgen während der Zwischenkriegszeit (1918-1939). Unveröffentlichte Hausarbeit im Nebenfach Geographie, Geographisches Institut Bern
- Schweizerischer Bundesrat (1976): Fünfter Bericht über die Lage der schweizerischen Landwirtschaft und Agrarpolitik des Bundes. Bern
- Schweizerischer Bundesrat, KdK, BPUK, SSV, SGV (2012): *Raumkonzept Schweiz. Überarbeitete Fassung*, Bern
- Uhlig, H. / Lienau, C. (1972a): Die Siedlungen des ländlichen Raumes. *Materialien zur Terminologie der Agrarlandschaft. Vol. II. Teil 1. Gießen*
- Uhlig, H. / Lienau, C. (1972b): Die Siedlungen des ländlichen Raumes. *Materialien zur Terminologie der Agrarlandschaft. Vol. II. Teil 2. Gießen*
- Wüthrich, C. (2006): Erreichbarkeit und touristische Entwicklung am Beispiel der Schweizer Alpen von 1850 bis zur Gegenwart. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Bern
- Zwahlen, A. (2007): Bevölkerungsentwicklung in peripheren Räumen der Schweizer Alpen. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Bern

Die Alpenregion ist einer der faszinierendsten Lebensräume überhaupt: Vielfalt und Gegensätze auf engstem Raum, dynamische (Fehl-)Entwicklungen in Gesellschaft und Natur – und eine kontroverse Debatte über die künftige politische Entwicklung. Vor diesem Hintergrund beantworten prominente Experten des Alpenraumes aktuell drängende Fragen: Wie entwickeln sich Alpenregionen im Spannungsfeld von Verstädterung und Entsiedlung? Wie sieht das Verhältnis zwischen Metropolen und Peripherien, zwischen Wirtschaft und Umweltschutz oder zwischen Tourismus und Nachhaltigkeit aus? Was macht Regionalentwicklung nachhaltig?



Ausgangspunkt der Beiträge ist das Werk des großen Alpenforschers Werner Bätzing, der in seinem Bemühen um «Orte guten Lebens» in den Alpen (und anderswo) bedeutende Maßstäbe gesetzt hat.

